

«Ein Russland-Embargo wäre wirksamer»

Der Rechtsprofessor Peter V. Kunz spricht über die Wirksamkeit von Sanktionen gegen Russland und kritisiert die Jagd auf Oligarchen.

Dorothea Alber

Es hört sich an wie der Titel eines Krimis: Die Suche nach dem sanktionierten Oligarchen-Geld. Doch wie aktiv sollen Staaten suchen und welche Rolle spielt dabei die Frage der Rechtsstaatlichkeit? Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, wie sich auch an zwei Sanktions- und Geldwäscheexperten aus der Schweiz zeigt.

In der Schweiz wird eine Taskforce gefordert. Liechtenstein hat eine solche nun bereits eingesetzt für den Vollzug der Sanktionen. Wie stehen Sie zu einer solchen?

Peter V. Kunz: Eine Taskforce klingt gut und sendet international das Signal der Solidarität aus. Da die Schweiz weiter unter Druck geraten würde im Ausland, wenn sie darauf verzichtet, wird vermutlich auch die Schweiz eine solche einführen. Doch ich sehe das als Augenwischerei an. In Deutschland wurde eine Taskforce beispielsweise geschaffen, doch im Wissen, dass sie kaum wirksam sein wird. Ich bin persönlich sehr skeptisch.

Woran liegt das konkret, dass Sie so skeptisch sind?

Es fehlt sowohl in der Schweiz als auch in Liechtenstein eine Rechtsgrundlage, um genügend Kompetenzen zu gewähren, damit die Taskforce effektiv arbeiten kann. Damit sie mehr machen könnte als die Behörden, müssten wir sie mit Polizeikompetenzen ausstatten, etwa mit dem Recht zu



«Auch Oligarchen haben Anrecht auf eine rechtsstaatlich korrekte Behandlung», sagt Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern. Bild: pd

Hausdurchsuchungen wie in den USA. Das geht zumindest kurzfristig nicht, ohne den Rechtsstaat zu unterlaufen. Die Taskforce kann basierend auf der Ukraine-Verordnung keine tiefergehende Ermittlungen vornehmen oder beispielsweise bei Russen nachforschen, die nicht sanktioniert

sind, ob diese vielleicht als Strohmänner agieren.

Dafür bräuchte es ein neues Gesetz?

Das ist so, um die Kompetenzen zu erweitern, bedarf es eines gesetzgebenden Prozesses. Bis wir hier die rechtsstaatlichen Grundlagen erarbeitet und er-

lassen würden, ist der Krieg aber womöglich schon wieder vorüber. Es wäre rechtsstaatlich fragwürdig, wenn wir auf polizeilicher Ebene als Teil der Taskforce Ermittler ins Feld schicken würden generell gegen Personen aus Russland, von denen wir nicht einmal wissen, dass sie etwas falsch ge-

macht haben, oder mit Sicherheit wissen, dass sie Putin-Vertraute sind. Und unsere Behörden hätten gar nicht die Kapazitäten, um solche Aktionen durchzuführen.

Vermögende russische Personen geraten also unter Generalverdacht?

Ja, denn eine Person kann sich rechtlich nicht dagegen wehren, auf die Sanktionsliste zu kommen. Der Vorwurf beruht nicht auf strafbarem Verhalten und ist nicht erwiesen, daher ist eine Oligarchen-Jagd nicht unproblematisch für Rechtsstaaten wie die Schweiz und Liechtenstein. Ein Oligarch ist nicht a priori ein Krimineller, der den Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit verloren hat, sondern auch sie haben Anspruch auf eine rechtsstaatlich korrekte Behandlung.

Sie äusserten sich bereits dahingehend, dass die Sanktionen nicht so wirkungsvoll seien Ihrer Ansicht nach. Was würde denn mehr nützen?

Tatsächlich wirksamer wäre – erstens – ein Embargo, was aber auch dem Westen sehr weh tun würde. Ein Gas-, Kohle- und Erdölimportverbot wäre am wirksamsten und würde den Krieg verkürzen. Wir hätten aber wahrscheinlich bei uns einen Benzinpreis in kürzester Zeit von vier Franken pro Liter. Zudem müsste man – zweitens – sämtliche russische Banken vom Zahlungsnetzwerk Swift ausschliessen, dann würde der Russlandhandel zusammenbrechen. Stattdessen findet eine Oligarchen-Jagd statt, die keine Wirkung zeigen wird und etwas heuchlerisch wirkt. Ich finde es unangemessen, etwa russische Künstler und sogar behinderte Sportler aus Russland zu bestrafen, weil alle Russen unter Generalverdacht gestellt werden.

Sanktionsexperte Meyer: «Das Geld muss aktiv gesucht werden»

Andere Experten sind hingegen der Meinung, dass Staaten aktiver nach Geldern von sanktionierten Russen suchen müssten. In der Schweiz, in Liechtenstein, im Vereinigten Königreich und an diversen anderen Orten hat sich über Jahrzehnte eine Finanzindustrie herausgebildet, die blühende Geschäfte mit den Reichen dieser Welt macht. «Banker, Vermögensberater, Anwälte, Treuhän-

der, Politikberater etc. haben alle erdenklichen Wege genutzt, um Profite daraus zu schlagen, Vermögenswerte hochgradig mobil und intransparent zu organisieren; ohne Rücksicht auf die Quellen der Gelder und die Auswirkungen auf die Volkswirtschaften, denen diese Mittel entzogen werden», sagt Frank Meyer, Strafrechtsprofessor und Experte für internationale Rechtshilfe der Universität



Frank Meyer, Strafrechtsprofessor an der Universität Zürich.

Zürich. Darauf zu vertrauen, dass jetzt gemeldet werde, «was über Jahre kunstvoll versteckt wurde, ist derart bizarr, dass es schwerfällt, noch an Naivität bei den beteiligten Behörden zu glauben», sagt Meyer weiter.

Man wisse aus der Finanzkriminalität nur allzu gut, dass man ohne proaktive Finanzermittlungen, effektiven grenzüberschreitenden Informationsaustausch und verlässliche

Transparenzregister nicht auskommt. «Dass man diese Mittel nicht einmal dann einsetzen möchte, wenn es gilt, einen Beitrag dazu zu leisten, gemeinsam einen brutalen Angriffskrieg mitten in Europa zu beenden, lässt tief blicken», kritisiert er die Schweiz. Das Embargogesetz gebe den zuständigen Behörden hinreichend Spielraum, um effektiver vorzugehen. Meyer fordert

auch für die Schweiz eine eigene Taskforce für die Koordination. Für den Informationsaustausch und Amtshilfe sollte es bereits hinreichende Rechtsgrundlagen geben. Für den internationalen Austausch im Bereich Financial Intelligence müsste das geprüft werden. Hier können rechtsstaatliche Hindernisse bestehen. «Dass Rechtsschutz gewährt werden muss, ist auch klar.» (dal)

Noch kein Vaterland-Abo?

- ✓ Unbeschränkter Zugriff auf vaterland.li
- ✓ E-Paper: Liewo, KuL, «Vaterland»-Magazine
- ✓ Vaterland-News per SMS
- ✓ E-Paper «Liechtensteiner Vaterland» – Montag bis Samstag täglich ab 24 Uhr in der App news.li und online auf vaterland.li verfügbar
- ✓ unbeschränkter Zugang zum Online-Archiv seit 1914
- ✓ Jeden Freitag: Wirtschaft regional E-Paper

nur
79.-
CHF
Aktionsabo
für 3 Monate
Print + E-Paper



E-Paper Hotline:
Telefon
+423 236 16 61
E-mail
abo@vaterland.li

Jetzt bestellen – ab sofort nichts mehr verpassen! Abo bestellen: +423 236 16 61, abo@vaterland.li